



## » UNIVERSITÄTSKLINIKUM GIESSEN – MARBURG

### LEUCHTTURM AM ABGRUND?

Die Privatisierung des UKGM war ein gigantischer Fehler, der auf das Konto einer CDU-geführten Landesregierung geht, die darin ein Leuchtturmprojekt sah und immer noch sieht.

Die aktuell für das UKGM verantwortliche Ministerin Angela Dorn von den Grünen behauptet stets, sie wolle sich mit der Rhön AG einigen – aber wie sie das erreichen will, sagt sie nicht. Das Verhalten der Landesregierung ist für uns angesichts der Existenzen, die auf dem Spiel stehen, ebensowenig akzeptabel wie das rücksichtslose Machtgebaren des Klinikbetreibers.

Unseren Dringlichen Berichts Antrag zur Aufkündigung des Zukunftspapiers vom 28.06.2022 finden Sie **HIER**.

Lesen Sie **HIER** unseren Dringlichen Berichts Antrag „Streit zwischen Land und Rhön AG führt zu massiver Verunsicherung – Lösung nicht in Sicht“

### PRESSEMITTEILUNGEN ERSETZEN KEINEN ZUKUNFTSVERTRAG

„Bis zur Einbringung unseres **Antrags** zum Streit um die Zukunft des Universitätsklinikums hat es nicht ein einziges Signal gegeben, dass die Eiszeit zwischen Landesregierung und Rhön beendet sein könnte“, stellt Dr. Daniela Sommer fest.

### KEIN (VER)KAUF(S) INTERESSE

In der Sondersitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 6. Dezember hat die SPD-Fraktion erneut die Frage nach Rückkaufoptionen gestellt. Dazu erklärte Wissenschaftsministerin Dorn, dass sich die Frage nach einem Rückkauf nicht stelle, weil die Rhön AG kein Interesse an einem Verkauf habe.

Dr. Daniela Sommer sagt: „Für uns steht fest: eine unverbindliche Absichtserklärung ist kein Vertragsabschluss. Daher überwiegt die Skepsis, ob aus Ankündigungen in dem anvisierten Zeitfenster tatsächlich ein Vertrag wird, der Sicherheit bringt. Klar ist bisher nur, dass bis Ende Februar auf betriebsbedingte Kündigungen und die Ausgliederung von Arbeitsplätzen verzichtet wird und die Übernahme der Auszubildende garantiert wurde. Wir hoffen, dass der verhaltene Optimismus der Ministerin nicht enttäuscht wird.“

Lesen Sie hier unsere **Pressemeldung** zur Sondersitzung des Ausschusses am 6.12.2022.

Die Rede von Dr. Daniela Sommer in der Plenarsitzung am 7.12.2022 finden Sie **HIER**.



## » BILDUNGSGERECHTIGKEIT AN HOCHSCHULEN IST ESSENZIELL

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium stimmen. Dazu gehört sowohl eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Studierenden als auch ein geeignetes Angebot von Beratungs- und Hilfeleistungen in Krisensituationen.

Tausende Studierende, die in Hessen auf einen erschwinglichen Wohnheimplatz warten, füllen die Wartelisten - es fehlen bis zu 10.000 Wohnplätze. Zudem machten steigende Preise, wie in der Mensa oder bei den Energie- und Lebenshaltungskosten, den Studierenden zu schaffen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes von 2021 ist mehr als ein Drittel der Studierenden in Deutschland von Armut bedroht.

Dazu sagte unsere hochschulpolitische Sprecherin, Dr. Daniela Sommer, in der Debatte um Chancengerechtigkeit an Hochschulen: „Gerade jetzt müssen Studierende gezielt unterstützt und die soziale Infrastruktur an den Hochschulen gestärkt werden – die derzeitige Krisensituation betrifft viele Studierende, die sich nicht auf gefüllte Geldbeutel der Eltern verlassen können. Deshalb brauchen Studierende, Studierendenwerke und Hochschulen eine bessere Unterstützung, um die Krisensituation bewältigen zu können. Das würde zu mehr Chancengleichheit führen und helfen, kluge Köpfe zu gewinnen.“

Lesen Sie **HIER** unsere Pressemeldung.

Den Redebeitrag in der Plenarsitzung von Dr. Daniela Sommer am 8.12.2022 finden Sie **HIER**.

## » GESUNDHEITSCHANCEN GERECHTER VERTEILEN – HIV darf kein Diskriminierungsgrund sein

Ausgerechnet zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember wurde bekannt, dass die Universität Marburg einen Zahnmedizinstudenten wegen seiner HIV-Infektion vom weiteren Studium ausgeschlossen hat.

Die SPD-Landtagsfraktion hält die Umstände, unter denen der Ausschluss erfolgte, die Begründung der Universität und das Nichtstun der zuständigen Kabinettsmitglieder Angela Dorn (Wissenschaft) und Kai Klose (Soziales) für skandalös.

Lesen Sie unsere **Pressemitteilung** zum Fall von HIV-Diskriminierung an der Uni Marburg.

## » HESSEN STEHT ZUSAMMEN IN DER KRISE – Unterstützungsprogramm steht

In der Krise stehen die demokratischen Kräfte unseres Landes parteiübergreifend zusammen: Auf Anregung der SPD-Landtagsfraktion ist ein gemeinsames hessisches Hilfspaket von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Energiepreiskrise entstanden. Fast ein Drittel der dafür vorgesehenen Mittel ist für die Unterstützung und Entlastung von Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten aus den Bereichen Sport, Kultur, Bildung, Soziales und Umwelt vorgesehen, die durch die steigenden Energiepreise vor großen Herausforderungen stehen.

DEZEMBER 2022

Die vier beteiligten Landtagsfraktionen werden hierzu gemeinsam Änderungsanträge zum Landeshaushalt 2023/24 einbringen.

Die Pressemitteilung zum Unterstützungsprogramm finden Sie **HIER**.



Insgesamt ist eine bessere Unterstützung erforderlich, um Demokratie, demokratische Teilhabe sowie Chancengleichheit zur Teilhabe an Bildung und Kultur zu ermöglichen und zu stärken. Der Haushalt nimmt sich dieser gesellschaftlichen Herausforderungen nicht an.

Sehen Sie die **Rede** von Dr. Daniela Sommer zum Einzelplan des Wissenschaftsministeriums am 7.12.2022.

## » BAU VON WOHNHEIMPLÄTZEN MUSS VERSTÄRKT WERDEN

Studentischer Wohnraum ist Mangelware – in Hessen mehr als anderswo in Deutschland. Rechnerisch stehen nur für etwas mehr als sieben Prozent derer, die an den hessischen Hochschulen eingeschrieben sind, Unterkünfte in Häusern der Studierendenwerke zur Verfügung. Versprochen hat die schwarzgrüne Landesregierung eine Grundversorgung für mindestens zehn Prozent der Studierenden. Doch davon ist Hessen heute weiter entfernt als zu Beginn der schwarzgrünen Regierungszeit.

Unsere Pressemitteilung zum Thema gibt es **HIER** zum Nachlesen.

## » INSGESAMT SCHWACHER HAUSHALTSENTWURF VON SCHWARZGRÜN

In der letzten Plenarwoche des Jahres fand die 1. Lesung des Doppelhaushalts 2023/24 mit der Generaldebatte und den Aussprachen zu den Einzelplänen statt. In der Debatte zum Einzelplan 15 sprach Dr. Daniela Sommer den enormen Fachkräftemangel an.

Wir fordern schon lange mehr Medizinstudienplätze, mehr Studienplätze in den Sozial- und Bildungsberufen und die Einführung eines Hessenstipendiums für das Lehramt. Auch hat sich die Notlage für viele Studierende in diesen schwierigen Zeiten weiter verschärft.

Mieten, aber auch Mensa-, Energie- und Lebenshaltungskosten steigen immer weiter an. Zur Abmilderung der Auswirkungen braucht es mehr Engagement des Landes.

SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN KÜNFTIG DIREKT BEZIEHEN? SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE **E-MAIL**.



## » KUNST & KULTUR

DEZEMBER 2022

### ENERGIEKRISE DARF KULTURBETRIEB NICHT GEFÄHRDEN

Schon die Corona-Pandemie hat Kulturbetrieben einen heftigen Schlag versetzt. Jetzt leiden sie erneut unter den Folgen der Energiekrise, auch in Hessen. Um Schließungen zu vermeiden und die Existenz von Kulturbetrieben zu sichern, haben wir bereits am 23. September einen **Antrag** zur Unterstützung von Kultureinrichtungen in den Landtag eingebracht.

Bei der Beratung darüber im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, entschlossen sich die Regierungskoalitionen eine gemeinsame Initiative mit uns und den Freien Demokraten daraus zu entwickeln, da sich alle Fraktionen inhaltlich einig waren. Der gemeinsame **Entschließungsantrag** wurde am 6. Dezember beschlossen.

Damit ist ein erster, wichtiger Schritt getan. Jetzt gilt es, die Mittel schnellstmöglich zu beschließen und an die Kulturbetriebe und Kulturschaffenden auszuzahlen.

Die gemeinsame Pressemitteilung finden Sie **HIER**.

## » LESELAND HESSEN

### VORLESETAG – GEMEINSAMES VORLESEN VERBINDET

„Gemeinsam einzigartig“ – unter diesem Motto fand am 18. November der 19. Bundesweite Vorlesetag statt, der in diesem Jahr die Vielfalt der Gesellschaft in den Vordergrund gerückt hat. Auch die Abgeordneten der SPD-Fraktion haben über ganz Hessen verteilt an diesem Tag Geschichten vorgelesen, die Kinder berühren, zum Lachen bringen und in eine andere Welt mitnehmen.

„Wir vermitteln den Kindern Freude am Lesen und gerade in einer Welt von Kurznachrichten auf dem Smartphone werden solche Initiativen immer wichtiger, findet der Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph, der an der Ernst-Reuter-Schule in Edermünde aus dem Kinderbuch „Das Kleine Waldhotel - Ein Zuhause für Mona Maus“ von Kallie George vorlas.

### HERAUSFORDERUNG INFLATION – STEIGENDE KOSTEN FÜR BUCHDRUCK

Vom 19. bis 23. Oktober fand die 74. Frankfurter Buchmesse statt. Wenn Verlage aus der ganzen Welt in Hessen zusammenkommen und ihre Arbeit auf der Frankfurter Buchmesse präsentieren, sind die SPD-Abgeordneten des Arbeitskreises für Wissenschaft und Kunst natürlich ebenfalls dabei.



In Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern großer und kleiner Verlage sowie des Börsenvereins des deutschen Buchhandels haben wir nachgehört, was die Verlage in diesem Jahr besonders umtreibt. Klar wurde dabei, dass insbesondere kleine Verlage unter den Krisen und vor allem der hohen Inflation leiden.





DEZEMBER 2022

## » AUS DEM PLENUM

### MUSIKSCHULFÖRDERUNG DES LANDES MUSS STEIGEN – MUSIKSCHULGESETZ NOCH IN DER WARTESCHLEIFE



In Hessen gibt es 34 private und 68 öffentliche Musikschulen, 55 davon sind als eingetragene Vereine organisiert. Aber ein Gesetz, das die Anerkennung und Förderung der Musikschulen regelt, hat Hessen nicht.

Das will die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ändern und hat deshalb bereits vor zwei Jahren einen **Gesetzentwurf** eingebracht. „Unser Ziel ist und bleibt es, die teilweise prekären Arbeitsverhältnisse zu beenden, die der chronischen Unterfinanzierung der Musikschulen geschuldet sind, und außerdem dafür zu sorgen, dass die Elternbeiträge sinken können,“ erklärt Christoph Degen, der Initiator des Gesetzentwurfs.

Nach der 1. Lesung, einer positiven Anhörung und mehreren Sitzungen des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, in denen die Initiative behandelt wurde, haben wir sie Anfang 2022 von der Tagesordnung abgesetzt. Grund dafür war, dass der Musikschulverband auf Wunsch der Landesregierung ein Gutachten zur Finanzierung erstellen lassen sollte. Das liegt jetzt vor und soll Grundlage für die weitere Beratung sein. Für die nächste Sitzung des Ausschusses am 19. Januar 2023 haben wir unser Musikschulgesetz deshalb erneut auf die Tagesordnung gesetzt. In den aktuell laufenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2023 und 2024 setzen wir uns wieder für eine Erhöhung der Musikschulfinanzierung ein.

### DENKMALSCHUTZGESETZ – EIN KONFLIKTLÖSENDE GESETZENTWURF?



Die Freien Demokraten haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Denkmalschutzgesetzes eingebracht, mit dem sie den Konflikt zwischen Denkmalschutzbelangen einerseits und Klima- und Ressourcenschutzbelangen andererseits per Gesetz auflösen wollen.

Dazu wird der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst am 19. Januar 2023 eine öffentliche mündliche Anhörung durchführen.

Ulrike Alex, die im Arbeitskreis für Denkmalschutz zuständig ist, hat dazu in der Debatte erklärt: „Klassisches Beispiel ist natürlich die Photovoltaikanlage auf dem Dach. Die Ministerin (gemeint ist Umweltministerin Hinz) hat in der Tat – es hat mich auch ein bisschen verwundert, aber ich will es nicht werten – kurz nach Einbringung der Eilausfertigung des Gesetzentwurfs am vergangenen Freitag veröffentlicht, dass selbstverständlich Fotovoltaikanlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden zu genehmigen sind. Ist damit der Gesetzentwurf der FDP überflüssig geworden? Das glaube ich nicht. (...) Es wird eine Anhörung geben. Da werden wir sicherlich viel Sachverstand hören. Einige hören auch auf das, was ihnen die Spezialisten dort sagen. In Abwandlung eines alten Spruchs sage ich: Wenn wir schlauer aus dem Landtag hinausgehen, als wir hereingegangen sind, dann hat das bisher noch nie geschadet.“

Die Rede finden Sie **HIER**.



## BERUFSQUALIFIKATIONSFESTSTELLUNGSGESETZ – EIN ÜBERFÄLLIGER GESETZENTWURF

Die Antragsverfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen dauern in manchen Fällen bis zu einem Jahr, obwohl Fachkräfte überall händeringend gesucht werden. Dass das Verfahren in Hessen besonders lange dauert, führt natürlich auch zu einer Abwanderung von Bewerberinnen und Bewerbern in die umliegenden Bundesländer. Erst jetzt, drei Jahre nachdem der Bundestag die Voraussetzungen für eine Beschleunigung der entsprechenden Verfahren geschaffen hat, hat die Landesregierung ein hessisches Gesetz zur Berufsqualifikationsfeststellung auf den Weg gebracht.

Unsere Pressemitteilung finden Sie **HIER**.

## INITIATIVEN

IM FOLGENDEN HABEN WIR IHNEN WEITERE PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION AUS DEM BEREICH WISSENSCHAFT UND KUNST ZUSAMMENGESTELLT:

- **Drucksache 20/8947** – Kleine Anfrage zum Marburger Ionenstrahl-Therapiezentrum (MIT)
- **Drucksache 20/9326** – Kleine Anfrage Zulassungsfehler in Medizin an der Goethe-Universität
- **Drucksache 20/9357** – Berichts Antrag Faire Bezahlung in Kunst und Kultur
- **Drucksache 20/9375** – Kleine Anfrage Rentkammerarchive Büdingen



### DR. DANIELA SOMMER

Sprecherin für Wissenschaft und Kunst  
Kontakt: [d.sommer@ltg.hessen.de](mailto:d.sommer@ltg.hessen.de)

### ULRIKE ALEX

Kontakt: [u.alex@ltg.hessen.de](mailto:u.alex@ltg.hessen.de)

### CHRISTOPH DEGEN

Kontakt: [c.degen@ltg.hessen.de](mailto:c.degen@ltg.hessen.de)

### GERNOT GRUMBACH

Kontakt: [g.grumbach@ltg.hessen.de](mailto:g.grumbach@ltg.hessen.de)